

Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2015



Landesgruppe Hamburg

Liebe Hamburgerinnen, liebe Hamburger,

am 15. Februar 2015 bewerben wir uns als *Neue Liberale* zum ersten Mal um Ihre Stimmen für die Hamburger Bürgerschaftswahl. Unsere Partei hat sich am 14.09.2014 in Hamburg als Bundesverband gegründet. Am 12.10.2014 fand die Gründung des Landesverbandes Hamburg statt.

Wir Neue Liberale verstehen uns als eine sozialliberale Partei, die aufgrund ihres politischen Standorts wie keine andere politische Kraft zu Hamburg passt. Denn wir verbinden klassisch liberale, ökologische und soziale Positionen. Dies entspricht dem Bild der modernen Metropole Hamburg. Denn Hamburg steht für Internationalität und Weltoffenheit ebenso wie für hanseatisch-liberale Kaufmannstradition, für Ursprünglichkeit, Bodenständigkeit und Solidarität. Als Stadtstaat stellt Hamburg die Politik vor die besondere Herausforderung, klassische Länderpolitik mit den sehr bürgernahen Aspekten der Kommunalpolitik optimal zu verbinden.

Wir Neue Liberale haben erkannt, dass die politischen Themen, die uns bewegen, letztlich nie streng voneinander getrennt werden können. Bei aller thematischen Gliederung unseres Programms in einzelne Politikfelder gehen wir die Probleme dieser Stadt und deren Lösungsmöglichkeiten ganzheitlich an.

Wir sind eine liberale Partei, die die Freiheit des Einzelnen in den Mittelpunkt ihres politischen Handelns stellt. Die Realisierung der Freiheit bedarf einer wirtschaftlichen Entwicklung, die den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und die natürlichen Lebensgrundlagen nicht gefährden darf.

Wir müssen auf drängende aktuelle Fragen der Bildung, inneren Sicherheit, der Flüchtlingsunterbringung und der Verkehrsprobleme ebenso reagieren, wie wir langfristige Lösungen für immer wiederkehrende Fragen – etwa der Sicherung des Wissenschafts- oder Wirtschaftsstandorts Hamburg – finden müssen.

Wir möchten die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt durch eigene Inhalte, neue Akzente und eine offene, demokratische Kultur überzeugen. Eine freie und offene Gesellschaft ohne eine liberale Politik ist gerade im digitalen 21. Jahrhundert für uns nicht mehr denkbar. Bei den nachfolgenden Forderungen haben wir uns stets von unseren liberalen Grundsätzen leiten lassen, das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen in den Mittelpunkt unserer politischen Überlegungen zu stellen.

Bei uns geht es um mehr Freiheit und Lebensqualität für alle in einer offenen Gesellschaft. Selbstverantwortung, soziale Gerechtigkeit, Erhalt der natürlichen Ressourcen sowie wirtschaftliche Stärke stehen im Mittelpunkt unserer Politik. Die Herstellung von Chancengleichheit hat für uns herausragende Bedeutung. Geleitet von diesen Gedanken stellen wir den in Hamburg lebenden Menschen das nachfolgende Wahlprogramm vor:

Inhalt

Verkehrspolitik	4
Anreize für Nutzung von Bahn, Bus und Fahrrad schaffen – Umwelt schonen Verkehr beruhigen, Lärm vermeiden, Verkehrsfluss verbessern	
Wirtschaft: Hafen und Mehr – neue Ideen für Hamburgs Wirtschaft	6
Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Hamburg	7
Flüchtlingspolitik und öffentliche Unterbringung	8
Bildung und Sport	9
Bürgerbeteiligung, Transparenz und Inklusion	11
Bürgerrechte und Innenpolitik	12
Extremismus in Hamburg (aktuell Salafismus)	13
Justiz- und Rechtspolitik	14
Stadtentwicklung: Mehr Freiraum für alle durch rücksichtsvolles, bedarfs- gerechtes Bauen, Gestaltung von Straßen, Wegen, Plätzen und Grünanlagen	15
Energie & Umwelt: Neue Ideen und bessere Konzepte	16
Hochschule, Studierende und Wissenschaft	17
Kulturpolitik in Hamburg	18
Hamburg – ein guter und starker Standort für die Kreativwirtschaft	19
Pflegepolitik: Für mehr Selbstbestimmung	20
Haushalt, Finanzen und Verwaltung	21
Mehr Transparenz und Zuverlässigkeit bei staatlich finanzierten Großinvestitionen	22

Verkehrspolitik

Anreize für Nutzung von Bahn, Bus und Fahrrad schaffen – Umwelt schonen

Hamburgs Straßen sind überlastet, Busse und Bahnen oft überfüllt. Im Vergleich zu anderen Städten liegt Hamburg in puncto Radfahrfreundlichkeit deutlich zurück. Stau-, Lärm- und Schadstoffbelastungen, lange Fahrtzeiten sowie gesteigerter Instandhaltungsaufwand für die Infrastruktur sind Realität. Es gilt daher, die Menschen zur Nutzung nachhaltiger und umweltfreundlicher Verkehrsmittel zu motivieren. Wir wollen einen gleichberechtigten Zugang zu allen Formen der Mobilität ermöglichen.

Wir Neue Liberale wollen:

- den HVV durch deutliche Ausweitung und Optimierung der Angebote von Bahnen und Bussen zu einer wirklichen Alternative für den Individualverkehr für noch mehr Menschen entwickeln. Günstige Fahrpreise sowie Sicherheit und Sauberkeit sind dabei besonders wichtig.
- Angebote mit Car-Sharing-Anbietern entwickeln, um ÖPNV und Individualverkehr besser miteinander zu verknüpfen.
- die Investitionen für den Erhalt von Brücken und Straßen erhöhen.
- die Attraktivität für Autos mit alternativen Antrieben erhöhen.
- einen Ausbau der sogenannten Velorouten sowie vermehrt autofreie Radwegeverbindungen
- die Ausweitung des erfolgreichen Fahrradleihsystems Stadtrad Hamburg
- mehr und bessere Fahrradabstellmöglichkeiten im Öffentlichen Raum
- zur Sicherheit der Radfahrenden vermehrt Radfahrstreifen oder Fahrradschutzstreifen markieren.

Verkehr beruhigen, Lärm vermeiden, Verkehrsfluss verbessern

Der Schwerlastverkehr gehört zur Hamburger Lebensader Hafenwirtschaft. Wir neuen Liberalen wollen Fernverkehrsstrecken auf Straße, Wasser und Schiene ausbauen und damit Umleitungen um Wohngebiete unterstützen. Durch diese Maßnahmen wird nicht nur die Anbindung des Hamburger Hafens verbessert, es werden gleichzeitig die Wohngebiete, vor allem im Hamburger Süden, von Lärm und Abgasen entlastet.

Wir Neue Liberale wollen:

- den Verkehrsfluss beispielsweise durch ein LKW-Führungskonzept, grüne Wellen; Kreisverkehre und moderne Verkehrstelematik lenken und optimieren
- den Straßen- und Schienenlärm beispielsweise durch Lärmschutzwälle oder nächtliche Tempodrosselungen reduzieren
- eine strategische Allianz der Nordrange-Häfen unter besonderer Berücksichtigung von Hamburg und Wilhelmshaven.
- ein strategisches Verkehrskonzept für ganz Norddeutschland.
- den Bau eines neuen Flughafens in Kaltenkirchen wegen der Ausschöpfung der Kapazitäten des Flughafen Fuhlsbüttel und der Lärmbelastung der Anwohner prüfen.
- ein besseres Baustellenmanagement durch Simulationen der zu erwartenden Verkehrslage
- eine zügigere Straßensanierung und eine bessere Kontrolle im Straßenbau durch ein konsequentes Anreiz-Sanktionen-System bei der Auftragsvergabe.
- die Verortung der unteren Straßenverkehrsbehörden bei den Bezirksverwaltungen.
- das Busbeschleunigungsprogramm nur unter Berücksichtigung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses und der örtlichen Gegebenheiten in Einzelfallprüfungen fortsetzen.
- einen Ombudsmann Verkehr einsetzen, bei dem sich Verkehrsteilnehmer beschweren und Auffälligkeiten anzeigen können (z.B. bei schleppendem Bauverlauf).
- die „Koordinierungsstelle Baumaßnahmen Hauptverkehrsstraßen“ (KOST) personell und finanziell besser ausstatten und ihre Zuständigkeiten erweitern.
- in innenstadtnahen Bereichen Anwohnerparken einführen und kostenfreie Anwohnerparkausweise pro Wohn- bzw. Gewerbeeinheit ausstellen. Nicht-Anwohner bzw. Anlieger sollen kostenpflichtig Parkscheine erwerben können.
- dass elektromotor-betriebene PKWs sowie Mietautos im Rahmen von Car-Sharing weiterhin kostenfrei in Anwohnerparkgebieten parken dürfen.

Wirtschaft: Hafen und Mehr

– neue Ideen für Hamburgs Wirtschaft

Hamburg: die Stadt, die hanseatische Gelassenheit mit dem Mut zur Gründung neuer Unternehmen seit jeher verbunden hat. Dennoch fokussiert sich die Stadt in jüngster Zeit fast ausschließlich auf den Hafen als Wirtschaftsfaktor. Während wir für den Erhalt der wirtschaftlichen Kraft des Hafens eintreten, plädieren wir ebenso für eine Stärkung des Gründergeistes in der Stadt, um jungen Talenten mit guten Ideen und ihren Start-Ups in Hamburg ein zu Hause zu geben. Denn nicht erst seitdem der erste IT-Tag der Bundesregierung in Hamburg tagte, wissen wir, dass in der Digitalwirtschaft ein wesentlicher Teil der wirtschaftlichen Kraft von morgen liegt!

Wir Neue Liberale wollen:

- einen wirtschaftlichen Masterplan mit allen interessierten Bürgern im Dialog erarbeiten und verabschieden. Hierbei ist besonders langfristigen Veränderungen der Nutzungswege und Strukturen besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Ein schnelles Erkennen von Veränderungen, wie z.B. im Bereich Container-Verkehr, ist für Hamburger Unternehmen existenziell wichtig.
- Verbesserung von Ausbildung, Weiterbildung und Anwerbung von Fachkräften: Förderung von älteren Arbeitnehmern, Förderung der vollständig gleichberechtigten Berufstätigkeit von Frauen und Anreize für die Zuwanderung von Fachkräften setzen.
- die Chancen nutzen, die im Bereich maritime Wirtschaft und ökologische Technologieentwicklung liegen. Gleichzeitig sind langfristig Planungen anzustellen, die das ökologische wie ökonomische Interesse der Hamburger und der ganzen Region in Ausgleich bringen.
- den Aufbau einer Wissensplattform für angehende bzw. frisch gestartete Gründer mit besonderer Berücksichtigung der Digitalwirtschaft; eine bei der Stadt angesiedelte digitale Plattform, zu der alle Gründungsinteressierten Zugang haben und sich informieren und vernetzen können.
- die Einrichtung eines „Start-Up Clusters“ in Kooperation mit den Hamburger Hochschulen zur interdisziplinären Vernetzung von nötigem Start-Up Wissen und Personal, v.a. in den Bereichen IT-Entwicklung, Marketing, PR, Finanzierung und Recht.
- die Einrichtung eines Investoren-Panels, das zu gleichen Teilen aus Investoren wie verantwortlichen Personen aus der Bürgerschaft und Zivilgesellschaft besteht, um Fachwissen und politische Entscheider zusammenzuführen und so in Zukunft schneller Anreize für die Ansiedlung von neuen Unternehmen setzen zu können.
- die Ausrichtung eines nationalen Gründungswettbewerbs, Träger soll die Stadt Hamburg sein (Stichwort: „Olympia für Gründer“).
- den Zeitaufwand, den jeder Betrieb für behördliche Auflagen zu verwenden hat, auch mittels effizienter digitaler Strukturen auf ein Mindestmaß beschränken.
- die logistische Infrastruktur für den Hamburger Hafen als existenzielle Grundvoraussetzung für die Zukunft Hamburgs sicherstellen.
- dem Mittelstand und den vielen kleinen Betrieben besondere Aufmerksamkeit schenken. Denn diese Wirtschaftsstrukturen sind innovativ und oft krisensicher.

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Hamburg

In Hamburg leben derzeit über 76.000 arbeitslose Menschen. Dabei handelt es sich ganz überwiegend um Arbeitslose, die länger als ein Jahr ohne Arbeit sind und Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) beziehen. Die Arbeitslosigkeit hat sich bei diesen sogenannten Langzeitbezieher*innen verfestigt und ist angestiegen, im Vergleich zu 2013 um gut 6 %. Die vom Jobcenter betreuten Menschen haben oft schon eine Vielzahl von Bewerbungstrainings, 1€-Jobs, Praktika, Coachings und kurzfristige Qualifizierungen hinter sich, ohne dass diese Maßnahmen zu einer Einstellung geführt hätten.

Vor diesem Hintergrund plant der aktuelle Senat in einem dafür ausgeschriebenen Projekt die Etablierung sogenannter „Null-Euro-Jobs“. Die dort beschäftigten Menschen würden für ihre Arbeit noch nicht einmal die sonst übliche Mehraufwandsentschädigung bekommen, mit denen die Arbeitslosen ihre Fahrtkosten abdecken.

Für uns gilt: Es ist besser, Arbeit und Weiterbildung zu fördern. Dauerhafte Arbeitslosigkeit zu finanzieren ist im Ergebnis teurer. Arbeit muss immer einen Wert haben und entsprechend entlohnt werden. Dieses entspricht unserem gesellschaftlichen Selbstverständnis und der grundgesetzlich verankerten Würde des Menschen.

Wir Neue Liberale wollen:

- Anreize schaffen, die das System der Bestrafung und Erniedrigung von Langzeitarbeitslosen ablösen.
- die Förderung der beruflichen Weiterbildung zu einem anerkannten, beruflichen – ggf. auch universitären – Abschluss. Die entsprechenden Mittel für Trainingsmaßnahmen wollen wir zu Gunsten einer passgenauen Weiterbildung umschichten.
- die Förderung sozialer Projekte in privaten und öffentlichen Unternehmen, für Menschen, deren Problemlage eine Weiterbildung nicht zulässt. Die dortigen Tätigkeiten sollten tariflich und sozialversicherungspflichtig entlohnt werden.
- die Einrichtung sogenannter „Hamburger Integrationsscouts“, die sich individuell um Langzeitarbeitslose kümmern und sie zu Hause aufsuchen, um mit den Menschen gemeinsam ihre Probleme zu erörtern und Lösungen zu finden. Die Inanspruchnahme dieses Angebots muss auf Freiwilligkeit beruhen.
- Eine Förderung von Projekten direkt in Hamburger Betrieben, in denen Langzeitarbeitslose sowohl weitergebildet werden, als auch ihre Fähigkeiten in der Praxis erproben können. Für die Dauer des Projektes ist sowohl dem Arbeitslosen als auch dem Betrieb eine Prämie zu gewähren.
- eine Ombudsstelle als neutrale Instanz einrichten, deren Aufgabe darin besteht, Streitfälle zu klären, Unterstützung zu vermitteln und in einem jährlichen Bericht tatsächliche Verbesserungen hin zu einer menschen-orientierten Verwaltung nachzuweisen. So sollen unnötige Konflikte zwischen Jobcenter und Leistungsempfängern frühzeitig beigelegt werden.

Flüchtlingspolitik und öffentliche Unterbringung

Hamburg hat besonders in Anbetracht der zahlreichen Menschen, die bei uns aus anderen Ländern Zuflucht suchen, große Schwierigkeiten, angemessene Unterkünfte für Flüchtlinge bereit zu stellen. Es gibt schon seit langem große Mängel in der Öffentlichen Unterbringung von Flüchtlingen und Obdachlosen.

Nötig ist stets die vorausschauende Planung über die Situation hinaus. Dies wurde in der Vergangenheit versäumt. Kapazitäten der Öffentlichen Unterbringung wurden oft vorschnell abgebaut. Die Integration von Flüchtlingen und auch Obdachlosen gelingt nur, wenn sich alle Beteiligten ernsthaft darum bemühen.

Wir Neue Liberale wollen:

- eine frühzeitige Information der Menschen vor Ort. Die Bürgerinnen und Bürger müssen einbezogen werden, wenn es um öffentliche Unterbringung in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft geht
- eine menschenwürdige, integrationsfördernde und sozialverträgliche Unterbringung von Wohnungslosen und Flüchtlingen. Das kann nur gelingen, wenn den Menschen dezentrale, überschaubare Wohneinheiten, verteilt über das gesamte Stadtgebiet, zur Verfügung stehen
- ein Gesamtkonzept für die öffentliche Unterbringung in Hamburg, mit dem Ziel, eine ausreichende Anzahl kleinerer, moderner, menschenwürdiger Wohneinheiten mit Beratungs- und Betreuungsangeboten für Obdachlose und Flüchtlinge bereitzuhalten
- dafür Sorge zu tragen, dass in allen Einrichtungen der öffentlichen Unterbringung einschließlich der zentralen Erstaufnahmeeinrichtung Mindeststandards eingehalten werden. Dazu zählt auch die Möglichkeit einer Einzelzimmerunterbringung in begründeten Fällen für Flüchtlinge von Beginn ihres Aufenthalts an, die Möglichkeit einer sinnvollen Betätigung zu schaffen und eine Börse für eine private Vermittlung von Unterbringungsmöglichkeiten einzurichten.

Bildung und Sport

Etwa 20 % der 15-jährigen können nur auf Grundschulniveau lesen; 11 % der Schüler brechen die Schule ab. Mangelnde Ausbildungsreife ist das Ausbildungshemmnis Nummer eins. Ein Fünftel der Ausbildungsverträge wird vorzeitig gelöst, ein Viertel der Studenten brechen das Studium ab und jeder sechste 20- bis 30-jährige hat keinen Berufsabschluss. Gewalt, Erziehungsmangel und Schulversagen sprechen ebenfalls eine deutliche Sprache. Deshalb ist Handlungsbedarf dringend gegeben.

Nur wer gerne und freiwillig lernt, lernt gut. Wer Kindern gerne etwas beibringt, muss dies auf seine Weise tun dürfen, um eine gute Lehrerin oder ein guter Lehrer zu sein. Dafür müssen die Voraussetzungen stimmen. Freiheit ist daher Grundvoraussetzung für Bildung.

Wir Neue Liberale wollen:

- eine hohe Qualität bei der Betreuung in Kitas. Denn für die frühkindliche Bildung ist nicht nur die Quantität, d.h. die Anzahl der Betreuungsplätze, von entscheidender Bedeutung. Die Weichen für eine erfolgreiche Erziehung und Bildung werden am Anfang gestellt – deshalb brauchen kleine Kinder große Investitionen.
- klare Lernziele für die Bildung der Kita-Kinder und der Schulkinder, gerade auch im Übergang zur weiterführenden Schule und für die mittlere Reife.
- die freiwillige Möglichkeit der Schulen, besondere Lern- und Leistungsprofile zu entwickeln, wie zum Beispiel Schwerpunkte im sprachlichen, musisch-künstlerischen oder naturwissenschaftlichen Bereich. Wir unterstützen die Gründung von „Produktionsschulen“.
- den Wechsel zwischen Stadtteilschule und Gymnasium vereinfachen.
- Lehrerinnen und Lehrer darin unterstützen, Schüler individuell zu fördern und das Arbeitszeitmodell der Lehrerinnen und Lehrer den tatsächlichen Belastungen anpassen.
- die Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer durch ein Spezialistenteam mit dem Ziel Inklusion und Begabtenförderung zu verwirklichen.
- mehr niedrigschwellige Sprachförderung unter Einbeziehung der Eltern für Kleinkinder, Kinder und Jugendliche, die mangelhafte Sprachkenntnisse haben.
- die Förderschulen als Wahlmöglichkeit für die Eltern beibehalten.
- die Zusammenarbeit von Eltern, Schülern und Lehrern verbessern.
- dass Schulen über ausreichende Räumlichkeiten für die Kinder verfügen.
- den Ganztagskindes- und altersgerecht gestalten, unter Beachtung der Besonderheiten im G8 auf dem Gymnasium und im G9 auf der Stadtteilschule.
- mehr Fachkräfte für die Inklusion und im Nachmittagsbereich gutes und gesundes Schulesen.

Sport ist Inklusion. Der Sport in Hamburg ist eine wichtige Stütze der Gesellschaft. Die vielen, vor allem kleinen, Vereine in Hamburg benötigen Unterstützung und Würdigung in ihrer Arbeit. Sport verbindet und vermittelt. Es zählt der Spaß und es zählen die sportlichen Leistungen, unabhängig vom kulturellen, politischen oder religiösen Hintergrund. Es ist für die Neue Liberale daher selbstverständlich den Sport zu fördern und zu unterstützen.

Wir Neue Liberale wollen

- eine Förderung der Sportvereine mit Hamburg weiten Angeboten zum inklusiven Sport.
- den Ausbau der Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen durch inklusive Sportangebote.
- den weiteren Ausbau von Gesundheitssport, wie er durch den Verband für Turnen und Freizeit angeboten wird.
- die Möglichkeit der wohnortnahen Ausübung des Sports durch Erhalt und Ausbau von Sportstätten unterstützen.
- keine planmäßige Bebauung von Sportstätten und Schulhöfen im Rahmen des Wohnungsbaus.

Bürgerbeteiligung, Transparenz und Inklusion

Die Demokratie ist im Wandel. Auf der einen Seite gehen immer weniger Menschen wählen; auf der anderen Seite entstehen neue Formen der Beteiligung an politischen Entscheidungen in der Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der alle Menschen frei sind, braucht bürgerliches Engagement. Sie braucht aber auch Regierende, die sich der Aufgabe stellen, alle Menschen in angemessener Weise an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Wir verstehen uns nicht in erster Linie als die Entscheider, an die der Wähler am Wahltag die Macht abgibt. Wir sind diejenigen, die dafür sorgen, dass der Wähler auch nach der Wahl noch gehört wird. Und natürlich treffen wir dort, wo es unsere Aufgabe ist, auch Entscheidungen. Dies geschieht in ergebnisoffenen Prozessen, die wir transparent darlegen.

Wir Neue Liberale wollen:

- die Diskussion darüber führen, wie viel Bürgerbeteiligung in einer modernen Stadt wie Hamburg möglich, nötig und gewünscht ist, und auf welche Weise die Bürger sinnvoll an politischen Entscheidungen beteiligt werden können.
- dass niemand wegen seines Geschlechts, des Alters, seiner kulturellen oder sozialen Herkunft, seiner sexuellen Orientierung, einer körperlichen oder geistigen Behinderung, seiner Religion, Weltanschauung, oder wegen irgendeines anderen Aspekts seiner persönlichen Lebensführung von politischem und bürgerschaftlichem Engagement ausgeschlossen wird – oder sich ausgeschlossen fühlt.
- dass derartige Hindernisse bei der Bürgerbeteiligung identifiziert und behoben werden.
- eine koordinierte Zusammenarbeit von Politik und aktiven Bürgerinitiativen in Hamburg.
- mehr Volksabstimmungen in Belangen, die unsere Bürger direkt betreffen.
- Einflussnahme durch einseitigen und intransparenten Lobbyismus eindämmen, indem wir darauf achten, alle Beteiligten an einer Entscheidung zu hören. Es liegt in unserer Verantwortung, gerade denen eine Stimme zu geben, die sich keine professionellen Vertreter leisten können. Die Kriterien, nach denen die Argumente gewichtet und politische Entscheidungen zugunsten einer Seite getroffen werden, sind stets öffentlich und damit für den Wähler nachvollziehbar zu machen.
- mehr darauf achten, was die Menschen denken und wollen. Darum hat jeder Hamburger bei uns ein Petitionsrecht und kann seine Anliegen den Mitgliedern der Neuen Liberalen direkt vortragen.
- die Einreichung von Petitionen erleichtern.

Bürgerrechte und Innenpolitik

Innere Sicherheit ist Kernbestandteil staatlicher Verantwortung. Hamburg als Bundesland ist für die Gewährleistung der inneren Sicherheit, vor allem zum Schutz vor Kriminalität, Extremismus oder terroristischen Anschlägen, zuständig.

Zum ausgewogenen Schutz von Recht, Freiheit und Lebensqualität brauchen wir daher einen demokratischen, liberalen Rechtsstaat, der wachsam und wehrhaft seine Menschen schützt. Dabei spielt der Datenschutz in unserer digitalen Welt eine große Rolle. Wir Neue Liberale wollen ein liberales und lebenswertes Hamburg und entscheiden im Zweifel stets für die Freiheit.

Wir Neue Liberale wollen:

- die Vorbeugung von Straftaten durch Präventionsprogramme, die gezielt bei den potenziell Betroffenen ansetzen. Gute Sozial- und Bildungspolitik ist für uns die beste Sicherheitspolitik.
- eine Reform des Polizei- und Ordnungsrechts und einen generellen Verzicht auf die Errichtung von Gefahrengebieten. Denn Gefahrengebiete, wie sie kürzlich in Hamburg eingerichtet wurden, stellen eine unverhältnismäßige Reaktion auf das berechtigte Bedürfnis nach Sicherheit und Ordnung dar: Die bloße Anwesenheit in einem Gefahrengebiet berechtigt Ordnungsbehörden zu umfassenden Kontrollen und zum Platzverweis.
- Ein offenes und freiheitsstärkendes Versammlungsrecht. Versammlungsbeschränkungen wie Auflagen, Ortsverlegungen und Auflösungen müssen das letzte Mittel sein, wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit auf einem anderen Weg nicht gewährleistet werden kann. Hamburg muss von seinem Recht Gebrauch machen, Weltoffenheit und gesellschaftliche Pluralität auch durch die Schaffung eines modernen und freiheitlichen Versammlungsrechts zu unterstreichen.
- keine flächendeckende Videoüberwachung.
- die Privatsphäre jedes Einzelnen vor unverhältnismäßigen Eingriffen schützen. Persönliche Daten dürfen stets nur für den vom Gesetz vorgesehenen Zweck erhoben, verarbeitet und genutzt werden.
- die vollständige Offenlegung der Datenerhebungen im Rahmen der Einrichtung der „Gefahrenzonen“ – Polizeirecht darf digitale Bürgerrechte nicht zur Farce werden lassen.
- eine Aufklärungskampagne des Hamburger Datenschutzbeauftragten: Wo die Daten von Hamburger Bürgern im Rahmen der NSA-Affäre voraussichtlich in den USA gelandet sind; Involvierung von Google, Facebook und Co. offenlegen.
- die Einrichtung eines barrierefrei zugänglichen Nutzerinterface beim Hamburger Datenschutzbeauftragten, wo man auf Knopfdruck die Daten, die staatliche Stellen über den einzelnen sammeln (Kooperation Bürgeramt – Polizei – SCHUFA), abrufen, ggf. löschen und ihrer künftigen Erhebung widersprechen kann.
- freies Internet an bestimmten HotSpots in der Stadt, sobald die gesetzlichen Vorgaben dies zulassen. Internetzugang ist gesellschaftliche Teilhabe.
- Aufklärungskampagnen „Ich und das Netz“ – Verantwortungsvoller Umgang mit personenbezogenen Daten in den sozialen Netzen.
- eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung des Hamburger Datenschutzbeauftragten, da in Hamburg bundesweit richtungsweisende Positionen erarbeitet werden.
- eine bessere Ausrüstung (incl. neuer Kommunikationssysteme) von Polizisten sowie den Abbau von Überstunden.

Extremismus in Hamburg (aktuell Salafismus)

Extremismus, politisch und ideologisch motivierter, aber auch solcher, der Religionen instrumentalisiert, wie z.B. der, der gewaltbereiten salafistischen Szene in Deutschland, bedroht zunehmend die freie und offene Gesellschaft. Dieser Extremismus entwickelt sich immer mehr von lokalen Auffälligkeiten zu einem gesamtdeutschen Problem, welches die Freiheit und das friedliche Zusammenleben gefährdet.

Als Neue Liberale fühlen wir uns in der Pflicht die Bürgerinnen und Bürger über dieses Thema aufzuklären und ihnen Lösungen anzubieten, die sie vor fundamentalistischen oder radikalen Gruppierungen schützen und das sichere Leben in einer freien Gesellschaft ermöglicht. Es ist aber auch unser Anliegen Menschen, vor allem Jugendliche, vor Radikalisierung und dem Abdriften in die entsprechende Szene zu bewahren.

Wir Neue Liberale wollen:

- **Transparenz und Offenheit:** Der Staat ist dazu verpflichtet seine Bürgerinnen und Bürger über Gefahren und Probleme in der Gesellschaft aufzuklären und diese Probleme offen zu benennen.
- **Perspektiven für alle Menschen schaffen,** damit sie nicht in radikale oder fanatische Szenen abrutschen.
- **organisatorische Strukturen schaffen,** die insbesondere gegen die salafistische Szene effektiv angehen. Hierfür soll mit islamischen Verbänden und Organisationen zusammengearbeitet werden.
- **bestehende Bildungsnetzwerke und Bildungseinrichtungen** in ihrer Aufklärung zu dem Thema Extremismus unterstützen.
- **die Ursachenforschung zu Extremismus, vordringlich Salafismus, verstärkt fördern.**
- **verstärkt Hilfsangebote für Opfer von religiösem Extremismus anbieten**
- **vermehrt Aufklärung über das Grundgesetz betreiben.**
- **die Einrichtung eines Ausbildungsgangs für muslimische Geistliche an der Akademie der Weltreligionen der Universität Hamburg unterstützen.** Die Ausgestaltung der Ausbildungsinhalte soll in enger Abstimmung mit den Vertretern der auf Bundesebene angesiedelten Islamkonferenz vorzunehmen.
- **Öffentliche Einrichtungen von religiösen Einflüssen freihalten.**

Justiz- und Rechtspolitik

Ein leistungsfähiges und unabhängiges Justizwesen ist für den liberalen Rechtsstaat, einen starken Wirtschaftsstandort Hamburg sowie für die Verwirklichung sozialer Teilhaberechte unverzichtbar. Die Verfahrensdauer in vielen Gerichtszweigen ist zu lang. In Fällen, in denen das wirtschaftliche Überleben eines Verfahrensbeteiligten vom Ausgang des Prozesses abhängt, oder auch bei älteren Mitbürgern vor den Sozialgerichten, grenzt dies an Rechtsschutzverweigerung. Auch die Dauer von Ermittlungs- und Strafverfahren ist nicht akzeptabel.

Wir Neue Liberale wollen:

- dass Strafen, um pädagogisch wirksam sein zu können, zeitnah ausgesprochen werden.
- dass die gesetzlich vorgesehenen Rechte der Opfer von den Hamburger Strafverfolgungsbehörden ausgeschöpft werden. Opfer von Verbrechen gehören in den Mittelpunkt des Strafverfahrens.
- die Verfahrensdauer bei den Gerichten, insbesondere den Sozialgerichten, deutlich reduzieren. Dazu ist die Einstellung zusätzlicher Richter erforderlich.
- die Einführung eines wirkungsvolleren Sanktionssystems im Jugendstrafrecht (14- bis 18-jährige, im Ausnahmefall bis 21-jährige). Dem jugendlichen Straftäter muss frühzeitig bewusst gemacht werden, dass er sein Verhalten ändern und den gesellschaftlichen Regeln anpassen muss.
- einen sicheren und modernen Strafvollzug, der die Gefangenen auf ein straffreies Leben in Freiheit vorbereitet. Qualifikation durch Bildung ist das beste Mittel, um später nicht wieder kriminell zu werden.
- die Ausstellung von Beratungshilfescheinen durch die Amtsgerichte – wie in vielen Bundesländern üblich- ermöglichen, damit auch Menschen mit einem sehr niedrigen Einkommen sich eine Erstberatung bei einem Rechtsanwalt ihrer Wahl leisten können. Die vorhandene Öffentliche Rechtsberatung (ÖRA) ist teilweise überlastet und reicht für einen gleichberechtigten Zugang zum Recht oft nicht aus.

Stadtentwicklung:

Mehr Freiraum für alle durch rücksichtsvolles, bedarfsgerechtes Bauen, Gestaltung von Straßen, Wegen, Plätzen und Grünanlagen

Hamburg braucht mehr Wohnraum. Es existieren zu wenige Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen. Zugleich ist gerade in besonders verdichteten Stadtgebieten der Freiraum für die Menschen eingeschränkt. Es gilt die Lebensqualität für alle zu erhöhen. Besonders Kinder brauchen Freiräume, die bei einer zu dichten Bebauung und zu viel Verkehr nicht gewährleistet werden können. Der Zustand mancher vorhandener Kinderspielplätze ist alarmierend. Auch brauchen Kinder und ältere Menschen einen Straßenraum, der ihren Bedürfnissen gerecht wird.

Wir Neue Liberale wollen:

- attraktive Straßenräume mit erhöhter Aufenthaltsqualität gestalten.
- mehr attraktive Kinderspielplätze, die stets in Ordnung gehalten werden müssen.
- die Wege zwischen Kinderorten wie Schulen, Sportvereinen, Sportplätzen, Spielplätzen, Kinos, Einkaufszentren in jedem Stadtteil mit Spielobjekten ausstatten, so dass der Straßenraum von Kindern als Spielraum zurückerobert werden kann. Hierbei ist stets auf Kinder- und Verkehrssicherheit zu achten.
- übersichtliche Wege, die nicht zugeparkt sind, mit guten Sichtverbindungen beim Überqueren von Straßen, guten Wegbeleuchtungen und mit mehr Platz auf Bürgersteigen.
- den Bau von Quartiersgaragen, damit der Straßenraum von parkenden Autos entlastet wird.
- eine Ausweitung von Grünflächen bevorzugt in verdichteten Stadtgebieten, mehr Sitzbänke und gepflegte öffentliche Flächen vor allem entlang unserer Straßen.
- Wege von älteren Menschen in den Stadtteilen zwischen Behörden, Märkten, Cafés, Seniorenheimen, Apotheken, Ärztehäusern, Theatern, Bibliotheken, Haltestellen des ÖPNV etc. vermehrt mit Sitzgelegenheiten ausstatten, die als Ruhepunkte dienen können, damit ältere Bürger auch längere Wege zu Fuß zurücklegen können.
- bei Neubauten in dichter besiedelten Gegenden auf die nachbarlichen Belange – über die formale Rechtslage hinaus – besonders achten und die Betroffenen frühzeitig über Bauvorhaben informieren.
- dass Neubauten sich in die vorhandene Bebauung gut einfügen bzw. geeignet sind, das Stadtbild aufzuwerten.
- einen ausgewogenen Mix der Wohnformen sowie die Unterstützung alternativer Wohnformen, wie etwa Mehrgenerationenwohnen, private Baugemeinschaften und Genossenschaften.
- die großen Wohnungsbaugesellschaften dazu anhalten, genügend geförderte Sozialwohnungen verteilt über das gesamte Stadtgebiet anzubieten.

Energie & Umwelt:

Neue Ideen und bessere Konzepte

Hamburg kommt seinem Ruf als „Umwelthauptstadt“ nicht nach: Der Ausstoß von Stickoxiden liegt weiterhin deutlich über den EU-Grenzwerten. Der Schadstoff-Ausstoß im Stadtgebiet wird durch das neue Kohlekraftwerk Moorburg zukünftig noch erhöht. Unser Fernwärme-Netz nördlich der Elbe basiert auf einer veralteten Technik. Es ist Zeit, dass wir uns von alten Konzepten trennen und moderne, hoch-effiziente Systeme zulassen, damit Ökonomie und Ökologie verbessert werden und wir den Titel „Umwelthauptstadt“ zu Recht tragen.

Wir Neue Liberale wollen:

- eine faktische und juristische Trennung von monopolistischen Energienetzbetreibern und Energieanbietern, um einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen. Dazu sollen monopole Versorgungsnetze (wie z.Z. das Stromnetz Hamburg sowie das Gas- und Fernwärmenetz) von der Stadt Hamburg diskriminierungsfrei und kostenorientiert verwaltet werden. Diese Netze sollen gleichberechtigt etablierten und neuen Anbietern offen stehen.
- eine Öffnung des Hamburger Fernwärmenetzes für freie Einspeiser und einen Ausbau von dezentralen Lösungen, insbesondere der Kraft-Wärme-Kopplung sowie einen Ausbau der Nahwärme-Netze in Wilhelmsburg/Veddel sowie Harburg. Die Möglichkeit der dezentralen Energie-Erzeugung soll in allen Stadtteilen gefördert werden, da dies großes Effizienzpotenzial hat und die Netzsicherheit verbessern kann.
- Hemmnisse von Eigen-Energieanlagen, z.B. durch zusätzliche Belastungen, reduzieren, damit eine dezentrale Energieversorgung mit Eigen-Investitionen wieder attraktiv wird und sich dies auch für Mieter, Wohnungsbaugesellschaften und Eigentümergemeinschaften wirtschaftlich lohnt. Hierzu müssen auch intelligente Stromzähler das Verbrauchsverhalten steuern können und neue attraktive Abrechnungsmodelle dem Bürger echte Vorteile bringen.
- dass bei der Sanierung von Gebäuden aufgrund des Klimaschutzes die Besonderheiten der Baustile besonders berücksichtigt und der jeweilige Gebäudecharakter bewahrt bleibt.
- zur deutlichen Reduzierung des Stickoxid-Ausstoßes ein großflächiges, wirtschaftlich attraktives Landstrom-Angebot für Seeschiffe schaffen und die Nutzung von verflüssigtem Erdgas (LNG) erhöhen.
- den Ausbau der Elektro-Mobilität durch einen gezielten Ausbau der Lade-Infrastruktur, Sonderregelungen für das Parken und ein weiterhin freies Parken an den P+R-Haltestellen im HVV
- die Grüngürtel und – Grünachsen der Stadt erhalten und von einer weiteren Bebauung ausnehmen und gerade in Neubaugebieten großzügige Grünanlagen errichten oder vorhandene Parks aufwerten.
- den erheblichen Schwund von Straßenbäumen durch Nachpflanzungen für gefälltete Bäume und durch einen besseren Baumschutz bei Bauvorhaben stoppen.
- ein Online-Baumkataster, das die Bürgerinnen und Bürger über den Baumbestand und geplante Fällungen frühzeitig informiert.

Hochschule, Studierende und Wissenschaft

Die Hamburger Hochschulen sind finanziell unterversorgt. Das beklagen die Hochschulleitungen bereits seit Jahren. Kürzlich hat sich der Bund bereit erklärt, den Länderanteil der BAföG Finanzierung von bisher 35 % zu übernehmen. Damit stehen den Ländern mehr als eine Milliarde Euro zur Verfügung, die in Bildung und Wissenschaft investiert werden sollen. Auch studentisches Wohnen könnte mit diesen Mitteln gefördert werden.

Der Hamburger Senat beabsichtigt jedoch nicht, die Hochschulen mit den frei gewordenen Mitteln zu unterstützen. Durch die finanzielle Schieflage in den Universitäten wächst der Druck auf die Hochschullehrer, Forschungsprojekte durch Drittmittel zu finanzieren.

Wir Neue Liberale wollen:

- die Sicherung einer bedarfsgerechten Finanzierung aller Hamburger Hochschulen durch spürbare Erhöhung des derzeitigen Etats
- die Autonomie unserer Hochschulen im Sinne einer Zurückdrängung der Einflussmöglichkeiten von Staat und Wirtschaft durch Reform des Hamburger Hochschulrechts.
- angesichts der gestiegenen Mieten und der zu geringen Kapazitäten des Studentenwerkes, den Neubau von Wohnraum für Auszubildende und Studenten zu fördern. Neben dem Aus- und Neubau von Studentenheimen durch das Studentenwerk gilt es ebenso, privatwirtschaftliche Projekte zu unterstützen.
- die Anerkennung von Studienleistungen und Abschlüssen, die in anderen Bundesländern und anderen (EU-)Staaten erworben wurden, zu vereinfachen (z.B. Lehramt). Allein die fachliche Qualität darf dazu herangezogen werden, nicht der Aufbau des Studiums. eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Kooperationsverbots.

Kulturpolitik in Hamburg

Hamburg ist eine Kulturmetropole. Die Staatsoper, verschiedene Theater, Orchester Musicals, Museen, Ausstellungen und Konzerte bieten nicht nur für Hamburger ein vielfältiges Angebot. Doch Kultur ist mehr. Kunst und Kultur ist kreativ, hinterfragt, provoziert und regt zu Diskussionen an. Dies ist nicht nur ein Selbstzweck für Kunstschaffende und -nutzer. Kultur und Kunst leistet essentielle Beiträge für eine Entwicklung unserer demokratischen Gesellschaft. Sozialliberale Kulturpolitik hat den Grundgedanken "Kultur für alle". Von der sogenannten „Hochkultur“ bis zur „Stadtteilkultur“ und der „freien Kunstszene“ finden sich viele Ausdrucksformen von Kunst und Kultur. Der Mensch in seiner Freiheit als Kulturschaffender, Kulturförderer und Kulturnutzer soll in den Mittelpunkt gerückt werden. Kultur ist nicht nur ein elitäres Freizeitvergnügen, sondern sie betrifft alle Menschen.

Die Auseinandersetzung mit Kunst trägt zur Aufklärung des Menschen bei, denn menschliches Urteilen gründet sich nicht nur auf rationale Erkenntnisse, sondern auch auf sinnliche Wahrnehmungen.

Kultur ermöglicht persönliche Entfaltung und ein kulturelles Miteinander.

Kunst und Kultur bietet uns Grundlagen und Wege für die Verständigung untereinander und miteinander. Ohne Kunst und Kultur wäre unsere Gesellschaft nicht kreativ, unsere Bildung technisch und unsere Wirtschaft nicht so innovativ.

Wir Neue Liberale wollen:

- die Einnahmen aus der Kultur- und Tourismustaxe ausschließlich der Kultur in Hamburg zu Gute kommen lassen.
- Stadtteilkultur besser fördern. Veränderungen der Einwohnerzahlen in den Bezirken müssen bei der Förderung berücksichtigt werden. Nicht nur das Bestehende, auch für neue Initiativen muss es Spielraum und Förderungschancen geben.
- dass Veranstaltungen und Ausstellungsräume der subventionierten Kultureinrichtungen durchlässiger werden für die Nutzung durch freie Künstler.
- selbstverwaltete Strukturen stärken, z.B. durch selbstorganisierte geförderte Zentren, die spartenübergreifende Vernetzung und die gemeinsame Nutzung von Ressourcen ermöglichen. Öffentlichkeitsarbeit von der Hamburg Tourismus GmbH sollte auch für die freie Künstlerszene und die vielfältigen Kultur und Kunstprojekte in allen Stadtteilen stattfinden.
- mehr Transparenz seitens der Kulturbehörde im Rahmen von Verwaltungsverfahren. Anträge und Förderbewilligungen sollen offen gelegt werden.
- Antrags- und Abrechnungsverfahren für Förderungen vereinfachen
- jeder Geschichtswerkstätte eine Chance geben mit ehrenamtlichem Engagement wertvolle historische Arbeit zu leisten. Stadtteilarchive und historische Ausstellungen sind wichtige Beiträge zur Kulturgeschichte. Jeder Bezirk sollte hier gleichermaßen bedacht werden. Stiftungsvermögen für Geschichtswerkstätten gegebenenfalls anpassen.
- die Respektierung des Denkmalschutzes historischer Gebäude.

Hamburg – ein guter und starker Standort für die Kreativwirtschaft

Kreativwirtschaft darf weder rein ökonomisch noch rein aus Sicht der Kulturförderung betrachtet werden. Kreativwirtschaft braucht Subkultur und künstlerische Avantgarde. Doch Kreativwirtschaft darf auch wiederum nicht nur unter dem Kulturlabel betrachtet werden. Damit wird man beiden Bereichen nicht gerecht. Wir wollen Anerkennung von Kultur und Kreativwirtschaft, als eigene Bereiche.

Hamburgs Kreativwirtschaft UND die Kultur- und Kunstszene brauchen neben Anerkennung auch Transparenz, Freiräume, um weiterhin einen wichtigen Beitrag für die Attraktivität und Innovationskraft zu leisten.

Hamburgs Kreativwirtschaft sollte aber außerdem auch aus dem Bereich der Kultur heraus-treten dürfen und als Wirtschaftsfaktor gesehen werden.

Wir Neue Liberale wollen:

- dass die Wirtschaftsförderung der Kreativgesellschaft der Wirtschaftsbehörde angegliedert wird. Kulturförderung darf nicht durch versteckte Wirtschaftsförderung geschmälert werden.
- die Vernetzung der Behörden ausbauen, Strukturen und Zuständigkeiten so klar gliedern, dass Doppelstrukturen vermieden und Synergieeffekte genutzt werden. Hierzu soll es ein ämterübergreifendes „creative team“ geben, wie etwa in Amsterdam, wo Leitungspersonen von der Kultur-, Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsbehörde behördenübergreifend zusammen arbeiten.
- kreative Räume und Arbeitsmöglichkeiten für Kreative schaffen und absichern und damit auch einer Abwanderung dieser Branchen entgegenwirken, indem die Stadt bei der Vermittlung von Immobilien die Kreativwirtschaft besonders berücksichtigt. Bei temporär ungenutzten Objekten sollten stets Zwischennutzungen durch die Kreativwirtschaft in Betracht gezogen werden. Ziel muss es sein, dass kein verkehrssicheres Objekt im Besitz der Freien und Hansestadt Hamburg länger als ein Jahr leer steht.
- ungenutzte Immobilien auf dem privaten Immobilienmarkt für kreativwirtschaftliche Nutzung gewinnen.
- Wirtschaftlichkeit verbessern und Rechtssicherheit für Start-Ups im Rahmen von EU-Förderprogrammen und in Zusammenarbeit mit der Hamburger Kreativgesellschaft schaffen (Maßnahmen dazu im Folgenden)
- Fortbildungsangebote für Kreative in den Bereichen Wirtschaft, Buchhaltung und Marketing
- einen Coaching- und Expertenpool einrichten, der auf die spezifischen Bedarfe der Kreativwirtschaft ausgerichtet ist und z.B. der Musikbranche bei Urheberrechtsfragen, GEMA Problemen oder der Künstlersozialkasse helfen kann.
- Kredit- und Wagniskapitalinstrumente, die die spezifische Situation der Kultur- und Kreativwirtschaft bei den Förderprogrammen berücksichtigen.
- die Filmwirtschaft in Hamburg stärken und bewährte Filmfestivals weiter fördern.

Pflegepolitik: Für mehr Selbstbestimmung

Der Charakter einer solidarischen Gesellschaft zeigt sich im Umgang mit ihren schwächsten Mitgliedern. Der demografische Wandel bedeutet nicht nur, dass der Anteil älterer Beschäftigter in den nächsten Jahren erheblich zunehmen wird. Er zieht auch einen steigenden Bedarf an Pflegekräften nach sich, die ihrerseits im Durchschnitt immer älter werden. Die Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit in Pflegeberufen gewinnt vor diesem Hintergrund an Bedeutung.

Doch schon seit einiger Zeit bedroht der wachsende Fachkräftemangel die Qualität in der Pflege. Gute Gründe also, Arbeitsbedingungen attraktiv zu gestalten – um Nachwuchs zu werben und vorhandenes Personal zu halten.

Vor allem im Interesse der zu Pflegenden ist stets eine hohe Qualität der Pflege zu gewährleisten. Selbstbestimmung und Autonomie müssen bei pflegebedürftigen Menschen erhalten bleiben.

Wir Neue Liberale wollen:

- den Ausbau neuer Wohnformen für pflegebedürftige Menschen, wie Wohngemeinschaften, um diesen auch bei hohem Grad der Hilfsbedürftigkeit echte Wahlfreiheit zu ermöglichen. Dies muss sich verstärkt im Wohnungsneubau der SAGA/GWG wiederfinden, wie etwa durch die Schaffung entsprechender, behindertengerechter und ebenerdiger Flächen.
- den Pflegeberuf aufwerten und die pflegerische Versorgung für die Patienten verbessern sowie Fortbildungen für Pflegefachkräfte verbindlich regeln.
- die Schaffung einer erweiterten, vierjährigen Ausbildung für Altenpfleger sowie Gesundheits- und Krankenpfleger. Den jeweiligen Auszubildenden sollte sowohl die Möglichkeit einer dreijährigen Ausbildung wie gewohnt offenstehen, als auch die Option diese um ein weiteres Jahr zu verlängern, um eine fachspezifische Weiterbildung zu erlangen, zugeschnitten auf verschiedene Krankheitsbilder. Diese einjährige Erweiterung der Pflegeausbildung sollte auch zeitversetzt zum Abschluss der Ausbildung möglich sein.

Haushalt, Finanzen und Verwaltung

Hamburg hat mittlerweile einen Schuldenberg von rund 23 Milliarden Euro. Das engt den politischen Handlungsspielraum in Zukunft stark ein. Deshalb stehen wir für eine konsequente Umsetzung der Schuldenbremse, die ab 2019 die Aufnahme neuer Schulden verbietet.

Wir Neue Liberale wollen eine wirksame Haushaltskonsolidierung. Einnahmen und Ausgaben müssen dauerhaft in einem ausgeglichenen Verhältnis zueinander stehen. Damit muss in guten Zeiten angefangen werden. Durch Umschichtungen, neue Schwerpunktsetzungen sowie eine kluge Einsparpolitik gilt es, genügend finanzielle Spielraum für eine sozialliberale Politik zu schaffen.

Der derzeitige Senat spart nach dem Rasenmäherprinzip. Er gibt eine pauschale Sparquote für alle Ressorts vor. Das lehnen wir ab und fordern klare politische Schwerpunktsetzungen. Bei aller Haushaltsdisziplin sind Zukunftsinvestitionen in Bildung, Wissenschaft, Kultur, Klimaschutz und Verkehr unerlässlich. Auch die Justiz und die Bezirke wollen wir stärken.

Die Bezirksverwaltungen sind seit 2011 zusätzlich großem Spardruck ausgesetzt. Tarifsteigerungen werden nicht mehr ausgeglichen. Gleichzeitig muss pauschal gespart werden. Das trifft in den Bezirken besonders das Personal, da über 80 % der bezirklichen Ausgaben für Personal erfolgen. Die zunehmenden Bearbeitungs- und Wartezeiten für die Bürgerinnen und Bürger zeugen von dieser Politik.

Wir Neue Liberale wollen:

- Doppelstrukturen zwischen Bezirken und Fachbehörden abschaffen und effizientere Verwaltungsstrukturen schaffen
- mehr dezentrale Entscheidungskompetenzen für die Bezirke im Haushaltsbereich. Wenn den Bezirken Aufgaben übertragen werden, müssen sie auch die notwendigen Mittel bekommen. Dieses Prinzip wird derzeit nicht eingehalten.
- eine Entlastung der Bezirke bei der Finanzierung der aktuellen Tarifsteigerungen
- den Haushalt konsolidieren: öffentliche Verschwendung eindämmen. Hier sehen wir ein Einsparvolumen von jährlich circa 80 bis 100 Mio. Euro (Quelle: Steuerzahlerbund).
- Effizienzsteigerung in der öffentlichen Verwaltung durch eine grundlegende Verwaltungsreform. Ein Einsparvolumen von circa 70 Mio. Euro jährlich ist erreichbar (Quelle: Steuerzahlerbund).
- Bürokratieabbau unter Beteiligung der Handwerkskammer und der Handelskammer.
- bei Bürgschaften und Pensionslasten ein spezielles Risikomanagement einsetzen.
- kostenstabiles Bauen, bessere Bauüberwachung und Kostenkontrolle im öffentlichen Bereich.

Mehr Transparenz und Zuverlässigkeit bei staatlich finanzierten Großinvestitionen

In den letzten Jahren haben sich die Fälle gehäuft, in denen staatlich finanzierte Großinvestitionen veranschlagte Kostenrahmen gigantisch überschritten, die Fertigstellungstermine drastisch überzogen und Vorgaben des Umweltschutzes oder ähnlicher Rahmenvorschriften missachteten. Ursachen dafür waren oft

- mangelnde fachliche Eignung der Behörden
- stillschweigendes Einvernehmen zwischen ausschreibenden Institutionen und durchführenden Unternehmen über verdeckte Leistungen, die im Angebot nicht aufgeführt wurden
- bewusste Vernachlässigung beschränkender Normen

Beispiel in Hamburg für Verteuerung und Verzögerung eines solchen Projektes ist die Elbphilharmonie. Deshalb ist eine Revision von Planung, Vergabe und Durchführung solcher Maßnahmen dringend geboten.

Bereits vor der Einführung des Parlamentes in Hamburg gab es Bürgervertretungen, die die Behörden bei ihren Tätigkeiten berieten, die Deputationen. Ihre Mitglieder waren sachverständige, unabhängige Bürger der Stadt. Diese Deputationen gibt es noch heute, doch werden sie von den Parteien nach dem Muster der Sitzverteilung in der Bürgerschaft besetzt. Dies führt dazu, dass Parteiinteressen zuweilen zu maßgeblichen Entscheidungsgründen werden. Wir Neue Liberale wollen:

Bei staatlichen Großvorhaben begleitende Deputationen einsetzen, deren Besetzung aus Sachverständigen besteht, die von Organisationen der Zivilgesellschaft vorgeschlagen werden. Ihre Mitglieder werden vom Landesrechnungshof ausschließlich nach ihrer Fachkompetenz ausgewählt und begleiten die Abwicklung des Vorhabens von der Formulierung zu seiner Ausschreibung und Durchführung bis zu dessen Ende.

Dadurch ließen sich die eingangs aufgeführten Probleme vermeiden. Insbesondere würde die Verletzung von Normen etwa beim Umweltschutz durch die Vertreter der Zivilgesellschaft rechtzeitig problematisiert werden, und es würde insgesamt mehr Transparenz hergestellt werden. Das kann durchaus dazu führen, dass verzögernde Gerichtsverfahren im Verlaufe der Durchführung vermieden werden.